

Gemeinsames Leitbild

Die Allianz für Ernährungssouveränität vergrößert sich

Die Regierungen von Mali und Nepal haben das Konzept der Ernährungssouveränität[1] als Leitbild für ihre Ernährungspolitik anerkannt und in die Verfassung aufgenommen. Mehr als 500 Delegierte von verschiedenen sozialen Bewegungen aus über 80 Ländern vom 23. bis 27. Februar 2007 kamen in dem Dorf Selingué in Mali zusammen, um die globale Bewegung für Ernährungssouveränität zu stärken und zu verbreitern.

Dabei waren Vertreter und Vertreterinnen von Kleinbauern, Landlosen, Pastoralisten, indigenen Bevölkerungsgruppen, Fischern, Landarbeitern, Waldbewohnern, Frauen, Jugendlichen, Umweltschützern und Konsumenten. Für die Delegierten wurde - zwei Autostunden von der Hauptstadt Bamako entfernt - extra ein typisch afrikanisches Dorf gebaut, das zukünftig als Tagungsort dienen wird. Diese Art der Veranstaltung war wesentlich günstiger als eine Unterbringung in der Hauptstadt. Bei Temperaturen bis zu 40^o Celsius und der Übernachtung in Rundhütten für sechs Personen, bei einfachen sanitären Anlagen und einfacher afrikanischer Küche konnte man gut die Lebensumstände der Landbevölkerung nachvollziehen. Das Forum hatte drei Ziele:

1. Es sollte das Verständnis von Ernährungssouveränität unter den beteiligten sozialen Bewegungen gestärkt werden. Vor allem sollte definiert werden, welches Konsum- und Produktionsmodell zur Ernährungssouveränität passt.
2. Der Dialog und die Bildung von Allianzen zwischen den verschiedenen Sektoren sollte auf der Basis einer gemeinsamen Analyse, Ziel- und Strategiebildung ausgebaut werden,
3. Es sollten gemeinsame Strategien, ein gemeinsamer Aktionsplan und gemeinsame Verpflichtungen für den Einsatz für Ernährungssouveränität entwickelt werden.

Eine Breite Allianz bildet sich

Nach mehreren Workshops zu Teilaspekten von Ernährungssouveränität, regionalen Meetings und Treffen innerhalb der verschiedenen sozialen Bewegungen wurde vom Plenum eine politische Erklärung verabschiedet, die für die nächsten Jahre als Referenzpunkt für das weitere politische Vorgehen in Sachen Ernährungssouveränität zu verstehen sein wird. Diese Erklärung stellt bewusst die Produzenten und Produzentinnen von Nahrungsmitteln in den Mittelpunkt und weist die Dominanz von neoliberalen Markterfordernissen oder von transnationalen

Konzernen zurück. Ernährungssouveränität bedeutet, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen das Recht auf eine gesunde und kulturell angepasste Nahrung haben, dass Nahrungsmittel ökologisch und nachhaltig produziert werden und dass diejenigen, die Nahrungsmittel produzieren, eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Ernährungspolitik spielen.

Highlights der Erklärung

Ernährungssouveränität möchte Wirtschaftssysteme stärken, die auf lokale und regionale Märkte aufbauen und soziale und ökologische Nachhaltigkeit ermöglichen. Dies beinhaltet einen transparenten Handel, der den Nahrungsmittelproduzenten ein gerechtes Einkommen garantiert und auch die Rechte der Konsumenten auf eine angemessene Ernährung stärkt.

Die Produzenten sollen sichere und garantierte Zugangsrechte zu bebaubarem Land, Nutzungsgebieten (vor allem für indigene Gemeinschaften und Tierhalter) Wasser, Saatgut und Nutztieren haben. Für viele Länder impliziert dies Agrarreformen, die eine gerechte Verteilung von Nutzgebieten zwischen Fischern, Bauern, Viehhaltern, Landlosen und indigenen Gemeinschaften umfasst. Ernährungssouveränität kann auch im Falle von Katastrophen oder Konflikten als „Versicherung“ dienen, da sie gezielt lokale Selbsthilfekräfte und -organisation fördert.

Kein Platz im Konzept von Ernährungssouveränität haben neoliberale oder neokoloniale Gesellschaftssysteme, die zu Verarmung und Ressourcenausbeutung führen. Insbesondere das Dumping von Nahrungsmitteln unterhalb der Produktionskosten, die Verbreitung von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln, das Wiederbeleben der Grünen Revolution für Afrika und die industrielle Erzeugung von Biomasse in Monokulturen, wie sie z.B. in Indonesien und Brasilien geplant ist, wird strikt abgelehnt. Auch der Privatisierung und Kommerzialisierung von Land, Wasser, Biologischer Vielfalt, Saatgut und öffentlichen Dienstleistungen wird eine Absage erteilt.

Das Forum hat gezeigt, dass für viele Nahrungsproduzenten ähnliche soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedrohungen existenzgefährdend sind. Insbesondere die neoliberale Ernährungspolitik und die Geschäftspolitik der transnationalen Konzerne werden als Angriff auf Lebensgrundlagen verstanden. Deshalb kam es recht schnell zu einer Konsensbildung und Ernährungssouveränität wurde als gemeinsames Leitbild anerkannt. Die aus der politischen Erklärung abgeleiteten Aktionen sollen nun mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten umgesetzt werden. Auf europäischer Ebene ist für September in Budapest ein Follow-up geplant, das neben den für Europa verabredeten Aktionen auch die Basis

verbreiten soll. Auch NROs und sozialen Bewegungen in Deutschland werden zu der Debatte um Ernährungssouveränität in Kombination mit dem Recht auf Nahrung Stellung beziehen müssen, da sie auf internationaler Ebene schon längst am Laufen ist.

Bernhard Walter

Der Autor ist Referent für Ernährungssicherung, Landwirtschaft und Umwelt bei „Brot für die Welt“.

Lesen Sie mehr unter www.nyeleni2007.org

[1] Beim Welternährungsgipfel in Rom 1996 wurde vom internationalen Kleinbauernverband La Via Campesina das Konzept der Ernährungssouveränität erstmals als politisches Gegenmodell zur neoliberalen Agrar- und Ernährungspolitik auf die politische Agenda gesetzt. In den letzten zehn Jahren wurde es hauptsächlich von La Via Campesina weiterentwickelt.